

3./XII. 1917. 25  
**Kranks der Ernährungspolitik.**

Aus den Beratungen des Landtagsausschusses.

In der gestrigen Sitzung des Staatsratsausschusses hatte Berichterstatter Abg. Dr. Hoersch (kon.) manche Mängel darauf hingewiesen, daß man nicht zunächst die ökonomischen Gesichtspunkte vollständig berücksichtigt habe. Erst hiernach könne man soziale Gesichtspunkte gelten lassen. Feindliche und neutrale Staaten seien richtiger vorgegangen, indem sie der Produktion durch Preisfestsetzungen für die einzelnen Ackererzulüsse außerordentliche Anregung zum Anbau gegeben hätten. Allerdings habe das in England nichts geholfen, weil es dort keinen Bauernstand gebe, und man fruchtbare Felder in Weidestächen umgewandelt und durch das System kurzfristiger Pachtungen auch der Möglichkeit beraubt habe, in technischer Beziehung einen Aufschwung der Kultur herbeizuführen. Es sei aber auch nicht zu erwarten, daß in Deutschland während der Kriegsdauer und in einer Uebergangszeit die Getreideernte wesentlich gesteigert werden könne. Um so mehr müsse man auf Ausdehnung des Kartoffelbaues Bedacht sein, und zwar durch Auslobung einer Anbau-Prämie bei gleichzeitiger Bekantgabe eines Mindestpreises für die Ernte 1918 unter der Erklärung, daß die nicht für die Versorgungsbedürfnissen benötigten Kartoffeln zur freien Verfügung der Landwirte stehen würden. Diese Maßnahmen müßten längst vor dem Ende der nächstjährigen Frühjahrbestellung bekanntgegeben werden. Ganz besonders bedeutsam sei die weitere Förderung und Erhaltung der Zucht kaltblütiger Arbeitspferde, ohne daß darum die für das Herz notwendige Zucht warmblütiger, edlerer Pferde zurücktreten könnte. Das am 19. März 1917 begünstigte Preisystem sei eine schwere Schädigung der Produktion und bestehe nicht einer logischen Aufbau. Es gebe keine Stetigkeit der Preise auf längere Frist in einer Zeit ständiger Erschlitterung der ganzen Wirtschaft. Die produzierenden Kreise würden durch solche Erschwerungen der Betriebsführung verärgert.

**Obstverschwendung und Marmeladefabrikation.**

Der Redner bezog sich auf einwandfreie Zahlen, die die außerordentliche Obstverschwendung bei der jetzigen Marmeladefabrikation bewiesen; dabei seien mittlere und kleinere Städte draußen im Lande von der Zufuhr an frischem Obst abgesperrt worden. Diese Unzulänglichkeit der Organisation müsse abgestellt werden.

Der zweite Berichterstatter, Abg. Sippmann (Vol.), behandelte gleichfalls die Obstbewirtschaftung. Auf Fragen der Uebergangswirtschaft eingehend, bekämpfte er den Gedanken eines Getreide- und Futtermittelherstellungsmonopols nach Friedensschluß werden zunächst Getreide, Heu und industrielle Rohstoffe einzuführen sein. Die notwendige Ausdehnung des Kartoffelanbaues sei dadurch zu fördern, daß die Regierung den Landmann bestimmt in Aussicht stelle, es würde festgesetzt werden, was er von seiner Ernte behalten dürfe. Sodann wandte sich Abg. Sippmann dagegen, daß die Viehhandelsverbände die Viehversicherung an sich ziehen.

**Ministerielle Erklärungen.**

Landwirtschaftsminister v. Eickenhardt-Rohde erklärte auf eine Frage des Abg. Hoersch, daß zu seiner Zuständigkeit alle auf Förderung der Produktion gerichteten Maßnahmen gehören. Hinsichtlich dem Landwirtschaftsministerium und dem Staatskommissar für die Volksernährung bestehe volles Einverständnis. Der Minister sprach dann über die Förderung des Kartoffelanbaues. Der Staatskommissar für die Volksernährung, Staatsminister v. Waldow, wies auf die Knappheit der Betriebsmittel hin, auf den Mangel an menschlichen und tierischen Arbeitskräften sowie an Rindvieh, die der Produktionsförderung entgegenstehen. Eine erneute Pferdeerhebung dürfte sich vermeiden lassen. Die Mittel, die ihm zur Produktionsförderung zur Verfügung ständen, seien im wesentlichen negativer Natur, indem er bei seinen Maßnahmen darauf Rücksicht nehmen müsse, die Produktion nicht zu stören. Das werde durch die Unsicherheit über die vorhandenen Vorräte erschwert. Hieser hätten die Statistiken vielfach versagt, auch die Nachschätzung der Kartoffel- und Getreideernte hätte bisher sichere Ergebnisse nicht geliefert. Offenbar sei infolge der Einführung der Haftung der Kommunalverbände für die Ablieferung mit einer weit übertriebenen Vorsicht geschädigt worden. Nur durch möglichst frühzeitige tatsächliche Erfassung aller Vorräte werde man den sicheren Boden zu weiteren Entschärfungen gewinnen. Das nächste Ziel bilde die Sicherung der Winterkartoffeln. Bei der Uebergangswirtschaft müsse in erster Linie für die Einfuhr von Ölen und Fetten gesorgt werden; dies sei auch das Gegebene, weil diese Stoffe verhältnismäßig wenig Frachtraum einnehmen.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst betonte, daß durch die Organisation eine Erfassung der Obstvorräte erreicht sei, so daß die Marmeladefabriken hinführend mit Obst beliefert gewesen seien, ohne daß die Versorgung der Getreidemärkte darunter wesentlich gelitten hätte. Der Verberb von Ware sei über dem auch im Frieden eintretenden Verlust kaum hinausgegangen; natürlicherweise müsse mit Transport- und Verladungsschwierigkeiten gerechnet werden.

**Versorgung der Eierversorgung.**

In der folgenden Aussprache kritisierte ein Abgeordneter die Ueberorganisation auf dem Lebensmittelmarkt und das vollständige Versagen der Eierversorgung. Ein anderes Kommissionsmitglied billigte die von dem Staatskommissar in Aussicht genommenen Maßnahmen zur tatsächlichen Erfassung der vorhandenen Vorräte. Infolge des bestehenden Schematismus seien bei der Verteilung manche Kreise trotz der guten Kartoffelernte ohne Notwendigkeit mit Kartoffeln beliefert worden. Der Redner empfahl die Einrichtung einer Kontrolle der Herstellung des Betriebs von Ernährungsmitteln.

Der Ausschuss vertagte die Weiterberatung auf Dienstag kommender Woche.